

»Es geht um die Nähe von Politik und Lobbyisten«

Nach einem Gerichtsbeschluss muss das Bundeskanzleramt Auskünfte darüber geben, mit wem Angela Merkel zu Abend isst. Gespräch mit Martin Reyher

Ralf Wurzbacher

Das Bundeskanzleramt muss Ihrer Internetplattform www.abgeordnetenwatch.de Auskünfte über dienstliche Abendessen von Kanzlerin Angela Merkel, CDU, erteilen, bei denen unter anderem Lobbyisten beteiligt waren. Das hat das Berliner Verwaltungsgericht am 23. Juni per Eilbeschluss entschieden, der jetzt publik wurde. Haben Sie Anhaltspunkte dafür, wie oft Merkel zum Stelldichein mit Wirtschaftsführern einlädt?

Beim Versuch, etwas dazu herauszufinden, stößt man auf eine Mauer des Schweigens. Das Kanzleramt hat in den vergangenen zwei Jahren unsere Auskunftsbegehren zum Thema wiederholt abgeschmettert. Es ist ein Skandal, dass wir deswegen erst vor Gericht ziehen mussten. Denn die Öffentlichkeit hat natürlich ein Anrecht zu erfahren, welche Interessenvertreter sich warum mit Frau Merkel in ihrem Regierungssitz zum Essen treffen. Zumal solche Veranstaltungen ja aus Steuergeldern bezahlt werden.

Das Kanzleramt will aber auch jetzt nicht liefern und hat Ende Juni Beschwerde gegen den Gerichtsbeschluss eingelegt. Wie geht es nun weiter?

Der Fall liegt jetzt vor dem Oberverwaltungsgericht, OVG, Berlin-Brandenburg, wird aber zeitnah entschieden werden. Wir hatten ja beim Verwaltungsgericht eigens einen Eilbeschluss parallel zu unserer schon im November 2016 erhobenen Klage beantragt, weil mit einem rechtskräftigen Urteil bis zur Bundestagswahl nicht zu rechnen war.

Heißt das, vor dem Urnengang im September wird die Sache geklärt sein?

Ja. Sollten die Oberverwaltungsrichter das Urteil bestätigen, muss das Kanzleramt noch vor der Wahl offenlegen, wann und aus welchem gesellschaftlichen Anlass seit 2005 nichtprivate Abendessen bei der Kanzlerin stattfanden, an denen unter anderem Lobbyisten teilgenommen haben. Verweigern sich die Verantwortlichen dann immer noch, wäre das ein Fall von Rechtsbruch. Das käme bei den Wählern bestimmt nicht so gut an.

Warum ist es Ihnen so wichtig, dass noch vor der Wahl eine Entscheidung herbeigeführt wird?

Weil es dabei auch um die Nähe von Politik und Interessenvertretern aus der Wirtschaft gehen wird. Darum ist der Beschluss auch ein wichtiges Signal für mehr Transparenz. Dazu gehört übrigens, dass sich CDU und CSU als einzige Parteien im Bundestag gegen die Einrichtung eines verbindlichen Lobbyregisters sperren. Andererseits ist die Regierung selbst schuld an der Entwicklung. Sie hätte unserem Anliegen auch vor zwei Jahren schon entsprechen können.

Die Gästeliste zu einer Party zum 60. Geburtstag des damaligen Deutsche-Bank-Chefs Josef Ackermann im Jahr 2008 hatte das Kanzleramt auch erst nach einem OVG-Urteil herausgerückt ...

Wenn jetzt erneut bis zur letzten Instanz gerungen wird, lässt das zumindest erahnen, dass dies kein Einzelfall war. Nun könnte man sagen, was ist schon dabei, wenn die Kanzlerin zum Diner lädt. Wir meinen aber, dass die Menschen im Land sehr wohl wissen sollten, mit wem Frau Merkel verkehrt und aus welchen Gründen das geschieht.

Dabei schwingt der Vorwurf mit der Begründung, hier wird im Hinterzimmer Politik gemacht.

Man darf es sich nicht so vorstellen, dass bei solchen Festveranstaltungen ganz konkrete politische Projekte vereinbart werden. Die Vorgänge deuten aber auf etwas hin, was wir Wohlfühllobbyismus nennen. Hier entsteht eine persönliche Vertrautheit zwischen Interessenvertretern und Politikern, die die Einflussnahme auf politische Entscheidungen begünstigt.

Das Kanzleramt verweigert die Auskunft damit, dass es dabei um eine »Ausforschung des innersten Bereiches der Willensbildung der Bundeskanzlerin« gehe. Klingt das nicht wie die Bestätigung für Ihre Sorge?

Wenn von außen auf die Willensbildung der Kanzlerin eingewirkt wird, sollten die Menschen schon wissen, wie, wann und durch wen das geschieht. Allerdings hat das Gericht den Einwand verworfen und befunden, dass die Bekanntgabe von Datum und Anlass der dienstlichen Abendessen »nicht den exekutiven Kernbereich« betreffe. Die Richter stellen auch klar, dass die Kanzlerin durch die Offenlegung in keiner Weise in ihrer Sicherheit bedroht wäre.

Martin Reyher ist Redaktionsleiter der Organisation www.abgeordnetenwatch.de, die sich für mehr Transparenz und gegen geheimen Lobbyismus im politischen Betrieb engagiert

[ANZEIGE](#)

RUBRIKEN

[Titel](#) [Schwerpunkt](#) [Ansichten](#) [Inland](#) [Ausland](#) [Kapital & Arbeit](#) [Thema](#) [Feuilleton](#) [Sport](#) [Abgeschrieben](#)
[Leserbriefe](#) [Politisches Buch](#) [Betrieb & Gewerkschaft](#) [Antifa](#) [Medien](#) [Feminismus](#) [Geschichte](#) [Beilagen](#) [Wochenende](#)
[Presse global](#)

ARCHIV

[Thema](#) [Dossiers](#) [Serien](#) [Fotoreportagen](#) [Textreportagen](#) [Interviews](#) [Zitate](#) [Regio](#) [Blog-Archiv](#) [Suche](#)

SERVICE

[Anzeigen](#) [Abo-Service](#) [Probeabo](#) [Kiosk](#) [Newsletter](#) [RSS-Feed](#) [Terminkalender](#) [Shop](#) [AGB](#) [Kontakt](#) [Hilfe](#)

UNTERSTÜTZEN

[Über uns](#) [Abonnieren](#) [Genossenschaft](#) [Aktion](#) [Spenden](#)

PROJEKTE

[Ladengalerie](#) [Fotowettbewerb](#) [Rosa-Luxemburg-Konferenz](#) [Melodie und Rhythmus](#) [Bibliothek des Widerstands](#)
[Buchmesse Havanna](#) [Granma](#)

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

© JUNGE WELT | [IMPRESSUM](#) / [DATENSCHUTZ](#)